

Antrag der FDP-Fraktion zur Vorlage 131/2023

Umbenennung von Straßen

Das mit der Vorlage 131/2023 dem Gemeinderat vorgelegte Verfahren zur Umbenennung von Straßen wird vorerst nicht weitergeführt.

Stattdessen wird, fußend auf dem Votum des Kommission Mitglieds Udo Rauch, ein Bündel verschiedener Maßnahmen weiter ausgearbeitet, mit denen sichergestellt werden soll, dass die Auseinandersetzung der Tübinger Stadtgesellschaft mit der eigenen Geschichte nach dem Ende des faschistischen Regimes als ein dauerhafter Prozess verstanden wird, der sich nicht in der Tilgung zweifellos problematischer Straßenbenennungen erschöpfen darf.

Die sechs von der Kommission zur Umbenennung vorgeschlagenen Straßennamen, aber auch die weiteren 12 näher untersuchten Fälle bieten eine gute Grundlage für diesen Prozess, der sich in unkonventionellen Maßnahmen im öffentlichen Raum wie den vom Kulturamt entwickelten „Knoten“ niederschlagen kann, daneben aber auch in anderen, z.B. mit dem Stadtmuseum zu entwickelnden Formaten, oder auch in klassischen Veranstaltungsformaten in den Stadtquartieren und Teilorten.

Tübingen, 28.6.2023

Für die FDP-Fraktion Dietmar Schöning

Begründung:

Die FDP-Fraktion hat den Diskussionsprozess zur (um)Benennung von Straßen, der zur Einsetzung einer hochrangigen wissenschaftlichen Kommission und zu einem überaus beachtlichen Abschlussbericht dieser Kommission geführt hat (Vorlage 18a/2023) stets unterstützt. Die Arbeit der Kommission schätzen wir sehr.

Erst in den letzten Tagen hat sich aber gezeigt, dass die Stadt Gefahr läuft, aufgrund unterschiedlicher Kompetenzzuweisung durch die Hauptsatzung (hier Gemeinderat für das Gebiet der Kernstadt, dort Ortschaftsräte für die Teilorte) die Ergebnisse der Kommission und die Vorschläge der Stadtverwaltung mit völlig unterschiedlichen Maßstäben zu beurteilen (s. den Beschluss des Ortschaftsrats Pfrondorf zur Brennenstuhl-Straße).

Wir plädieren deshalb dafür, das Verfahren zur Umbenennung von Straßen jedenfalls vorerst nicht weiterzuführen, sondern auf den Vorschlägen aufbauend, die der Stadtarchivars Udo Rauch als Minderheitenvotum in die Kommission eingebracht hatte, einen breit angelegten Diskussionsprozess zu initiieren, der sich eben nicht in der Umbenennung von Straßen erschöpft.